





















# Arbeiter Gewerkschaftsbewegung

## Die Gewerkschaften „drohen“

Der „Gewerkschafts-Zeitung“, dem Organ des ADGB, wird längeren Artikel abfolgend zu dem Magdaburger Programm der SPD Stellung genommen. Das Geschick ist es bis 3 eine einzige Vertretung der Koalitionspolitik der SPD und es ergibt der Artikelgeber in der Art eines „unerbittlichen Drebens“ den Zeitgenossen und nicht von „unerbittlichen“ Ausprägung und kritischer Würdigung sowie „unerbittlichen“ Schritten des Koalitionswesens, lehrt aber jedesmal „über seine eigene Rührtheit zu Ergebenheitsverpflichtungen für die Koalitionspolitik juristisch. Wir wundern uns keineswegs, daß dieser Seite eine ernsthafte Kritik an den Früchten der von der SPD betriebenen Koalitionspolitik nicht kommt. Sie kann kommen. Sind es doch dieselben Leute, die in der SPD gleichgültig in den Spitzenpositionen des ADGB, verantwortlich machen. Beide Teile sind auf Gedeih und Verderb gleich miteinander verbunden. Um so demagogischer muß der eine der anderen „Kritik“ an der Koalitionspolitik der SPD führen werden.

Somit befinden wir uns in der gleichen Lage wie der Arbeiter auch wir können, wenn wir das große Ganze im Auge behalten, der Regierungspolitik der Sozialdemokratie Vertrauen entgegenbringen.

Diesem Artikel soll der Koalition folgt eine sanftere Sprache.

Vor einigen Wochen schrieben wir, die zulässige Grenze des Koalitionspartners an Koalitionspartner, die für die Gebuld der Arbeiter nicht erträglich ist, ließe uns an mehreren Punkten erreicht. Wenn wir auch die Haltung der Mehrheit des ADGB, die Koalition und die sozialdemokratischen Mittel der frischen Stimmen nicht unbedacht lassen können.

Wieder wird dann betont, daß die Sozialdemokratie das „Vertrauen der Arbeiterklasse zur Führung ihrer Partei redigiertere“ die Gewerkschaften „an der Seite der Partei stehen werden, bis es auf die Vertiefung der Grenzen“ der von der SPD betriebenen Koalitionsausdehnung entkomme.

Die „Sächsischen Volksblätter“, ein Organ der „linken“ Sozialdemokratie, führt sich mit Trümpfen über diese lenkenden Aussagen und berichtet unter dem Titel „Die Gewerkschaften“ über den Artikel der „Gewerkschafts-Zeitung“. In dem Artikel über die Stütze aus diesem Artikel sollbringend das „Sächsische Volk“ das bemerkenswerte Fundament, die von uns wiederholten „Ankündigungen für die Koalitionspolitik einisch messen.“ Die ganze Demagogie der „linken“ und rechten Sozialdemokratie entlarvt sich vor sich. Wer sind denn die Leiter der SPD? Die Herren Leppart, Graßmann, Laßbinder und viele andere sind doch gleichmäßig in führender Stellung in der Sozialdemokratischen Partei. Wer droht also dem?

Es ist überhaupt nur eine Drohung, die von den Führern der „Gewerkschafts-Zeitung“ und ihren politischen Gewerkschaften im Parteivorstand der SPD. ernst genommen werden bis in eine Reihe und zersplitzerte Gewerkschaftspositionen. Der Herrmann, den die Rebatton der „Gewerkschafts-Zeitung“ über die Koalitionspolitik vorführt, findet Unterstützung eben in dem Resten Annahmen der gewerkschaftlichen Opposition. Nicht die sozialdemokratischen Führer des ADGB, sondern die freigewerkschaftlich organisierten Millionen Arbeiter werden trotz aller Terror- und Ausschlußmaßnahmen unter Führung der Opposition in den Gewerkschaften der sozialistischen Koalition die entsprechende Haltung erteilen.

## Schändliche Vereinbarung bei der Reichspost

Die Gewerkschaftsvertreter haben mit der Reichspost eine freie Vereinbarung abgeschlossen, die dem schändlichen Schiedsgericht für die Reichspostarbeiter entspricht. Die Vereinbarung mit der Reichspost lautet: Die Gehaltsänderungen werden vom 31. März 1929 bis zum 30. September 1930 in drei Stufen durchgeführt. Die Gehaltsänderungen betragen 1 bis 7 im Juli 1929, 8 bis 10 im Januar 1930 und 11 bis 13 im Juli 1930. Die Gehaltsänderungen betragen 1 bis 7 im Juli 1929, 8 bis 10 im Januar 1930 und 11 bis 13 im Juli 1930. Die Gehaltsänderungen betragen 1 bis 7 im Juli 1929, 8 bis 10 im Januar 1930 und 11 bis 13 im Juli 1930.

## Betriebsräte im Neunkircher Eisenwerk

Die Betriebsratswahlen am Neunkircher Eisenwerk ergab die Liste der Opposition 1905, Christen 755, Arbeiter 308 und Hilfs 308 Stimmen. Die Liste im Arbeiterauswahlgremium hat folgende Zusammensetzung:

Opposition	12 Mandate
Christen	5 Mandate
Arbeiter	5 Mandate
Hilfs	2 Mandate

Die Gewerkschaftsopposition hat somit die Hälfte aller Mandate im Betriebsrat erhalten, um die revolutionären Operationen der Arbeiterklasse zu unterstützen. Die Liste im Arbeiterauswahlgremium hat folgende Zusammensetzung:

Opposition	12 Mandate
Christen	5 Mandate
Arbeiter	5 Mandate
Hilfs	2 Mandate

## Die Eisenbahner vor wichtigen Entscheidungen

### Ein Beitrag zu den Wahlen zur Reichsbahnarbeiter-Pensionskasse

Jeder Eisenbahner muß sich über die Bedeutung der Wahlen zur Reichsbahnarbeiter-Pensionskasse klar sein. Aber in den letzten Monaten die Betreibungen des Kapitals verfolgt hat, die dahin gehen, die Sozialversicherung abzubauen, angeht, weiß die deutsche Arbeiterklasse die Bedeutung nicht mehr tragen kann, muß die deutsche Arbeiterklasse ohne weiteres eingehen. In diesem Vorgehen, die Sozialversicherung abzubauen, marschiert die Hauptverwaltung der Reichsbahn, die Reichsbahnverwaltung, an der Spitze.

So gehen wir in der Pensionskasse (PKK) Abteilung B der Tenenz, zum Nachteil der Versicherten die Beiträge zu erhöhen und die Leistungen abzubauen. Um nun das Wesen und die Entwicklung der PKK, Abteilung B) richtig zu verstehen, ist es notwendig, weiter zurückzugehen. Wir wollen versuchen, in kurzer gedrängter Form die Entwicklung der Kasse aufzuzeigen.

In der Vorkriegszeit waren die Beiträge, gemessen an den Leistungen, so hoch, daß die Renten der Qualifizierten noch nicht einmal die Linsen des durch die Beiträge angelegten Kapitals aufbrauchen. Krieg und Inflation sowie die Auswirkungen des Domesplan änderten das Bild. Dadurch, daß im Jahre 1916 die Kriegsanleihe als mündelhaftig erklärt wurde, hat der damalige Vorstand der Kasse zu jeder ausgelagerten Kriegsanleihe riesige Summen gesammelt. Wie diese mit der Mündelhaftigkeit ging, haben wir in der Inflation durch die Entwertung gesehen. Es ging hier wie überall:

Das Vermögen der Kasse war hoch, der Staat hatte den Staat in der Tasche, und die alten Kassemitglieder, welche ihre Beiträge in hohem Maße gezahlt hatten, waren die Betroffenen.

Während vor dem Kriege die Zulassrente der Altrentner zur Invalidenten pro Jahr 99 bis 825 Mark betrug, belaufen sich die jetzigen Renten der Altrentner auf 270 bis 600 Mark.

Man hat nun drei Arten von Rentnern geschaffen: erstens die Gruppe der oben angeführten Altrentner, das ist die Gruppe der seit dem 1. August 1922 Zulassenden (Leberrentnern), zweitens die Gruppe der vom 1. August 1922 bis 31. März 1925 innerhalb Geborenen und drittens diejenigen, die ab 1. Januar 1926 inaktiv wurden nach den Bestimmungen der neuen Satzungen vom 1. Januar 1926. Das ist ein unhaltbarer Zustand, der unbedingt abgeändert werden muß. Es darf nicht gebuldet werden, daß die armen der Armen darüber.

Durch den Personalabbau, der von seiten der Hauptverwaltung durchgeführt worden wurde, ist der aktive Mitgliederbestand, der Ende 1921: 841 510 betrug, bis Ende 1925 auf 255 586 Mitglieder gesunken, also um 22,65 Prozent. Dagegen ist die Renten-

last im gleichen Zeitraum außergewöhnlich gestiegen. Gegenüber dem Summe von 1914 um 115,18 Prozent.

Die Kasse ist zurzeit auf dem Untertage aufgebaut, das heißt, die Beiträge werden so bemessen, daß Rentenlast, Heilversicherung und Verwaltungskosten gedeckt sind.

Jetzt soll wieder die Umstellung auf Kapitalbedarfsverfahren vorgenommen werden. Mit dieser Maßnahme wird eine ungeheure Beitragserhöhung verbunden.

Bei der Abstimmung über das Eisenbahner-Finanzgesetz im Reichstag im Jahre 1924 stellte die PKK, den Antrag, daß das Reich die PKK, die Summe überwälzen muß, um die Kasse durch die Inflation gedeckt zu werden. Gegen diesen richtigen Antrag stimmten die Sozialdemokraten in trauter Gemeinschaft mit den Bürgerlichen. Dieser neuen Umstellung der Kasse müssen die Versicherten mit allen Mitteln entgegenzutreten. Es darf nicht zugelassen werden, daß abermals große Kapitalien auf Kosten der Mitglieder anschaut werden, um Mittel zu schaffen für einen neuen Krieg, der dann wiederum auf Kosten des Proletariats zu gehen wird.

Die Hauptverwaltung hat eine verhängnisvolle Unterhandlung über die Entwindung der Ausgaben der PKK, Art. 3, in Angriff genommen. Dieser maßgebende Gutachten, das allein in seinem ersten Teil 19 Schreibratsstellen umfasst, soll dazu dienen, eine Beitragserhöhung in der kommenden Hauptversammlung, die im Dezember stattfindet, zu begründen.

Va den Eisenbahnern wird es liegen, solche Delegierten zur Hauptversammlung zu wählen, die den Herrschaften das Konzept übergeben.

Die revolutionäre Opposition stellt grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß die Aufgabe der Inflation und des Personalabbaus, also Reich und Hauptverwaltung, die Mittel der Kasse zur Verfügung stellen müssen, die erforderlich sind, um den Wit- und Leberrentnern das was ihnen zuzufallen, was ihnen noch den damaligen Leistungen von 1914 zuzufallen.

Was man sich gelistet? Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding hat 50 Millionen aus den Zolleinnahmen zur Bestämpfung der Lubertulose streiten lassen. Und so wurde auch die Pensionskasse um 500 000 bis 800 000 Mark gelistet, die bisher die PKK, erhalten hat.

Die Antwort der Eisenbahner kann und wird am Wahltag (am 24. Juni) sein:

## Wir wählen „Revolutionäre Opposition“ (Einheitsliste der Eisenbahner)

## Betriebsunfall

### Arm vom Bagger herausgerissen

Im Ahrabaubetrieb der Grube A Linnis ereignete sich ein schwerer Unfall am Bagger. Der letzte Schloffer Erik M. wollte mit einer Eisenlange einen Stein aus der Eimerleitung entfernen. Er geriet in das Getriebe und es wurde ihm der Arm am Schloffergelenk gebrüht. Im Krankenhaus mußte er abgenommen werden.

## Ortsauswahlung des ADGB. Falkenberg

U. R. Ueber die Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit referierte zu Punkt 1 Gewerkschaftssekretär K. R. B. Bedeutend ist ihm das Programm „Arbeiterdemokratie“ zu sein. Er lobte viele über alles „Gang wahrheitsgemäß und diese „Arbeiterdemokratie“ genau zu verstehen, wie die Demokratie der Ober-Scheidemann-Rose-Regierung, wobei die arbeitende Klasse auf den Hund gekommen ist und nun ebenfalls noch vollends verfallen soll. Punkt 2 betraf die bei der Ausprägung über die kommende Bildungsausschüsse für das Winterhalbjahr sehr entgegengelegte An-



sichten. Es war der SPD-Angehörige Mittel Müller, Eisenbahner, erschienen, um für seine heilige Unterhaltlichkeit die organisatorischen Unliebenheiten auszugleichen. Der Artikelbeitrag war ihm zu hoch. Keiner beitrug, daß er etwas hoch ist, aber in Anbetracht der sehr nötigen Bildungsarbeit sollten sich viele Arbeiter auf den Standpunkt, daß die Ausgaben für die Bildung der Mitarbeiter notwendig sind. Wir brauchen Familienkassen und gut qualifizierte Funktionäre, die in der Lage sind, die Arbeiterklasse zu organisieren und zu führen. Das ist um so nötiger, als hier noch mehr Kreise der Arbeiterklasse nicht vom Geist des Kampfs gegen die Ausbeuter durchdrungen sind. Sollten nun bei Gewerkschaftsleistung wieder reformistische Lehren verpflanzet werden, so werden wir dagegen Front machen.

Punkt 3 ergab den Sturm. Weil die Minister, seitens der SPD, gefordert war durch Verkauf von parteilichen Mitteilungen und sonstiger SPD-Agitation, was vorher klar abgelehnt worden war um Einmütigkeit bestand auf gewerkschaftlicher Kampfweise, den 1. Platz zu belegen. Dieser Kollege S. r. o. h. kritisierte das, und brachte einen Antrag ein, der das ein für allemal verbot, der SPD, Vorlauf zu gewähren. Der Kollege Otto Dietrich, seines Zeichens Parteisekretär und Kartelldelegierter, trug seine reformistische Einstellung offen zur Schau und wurde dafür noch einmal gerügt. Der Arbeiterratsabgeordnete der Eisenbahner als Vorsitzender reagierte höchst kritisch auf den letzten Vorschlag nieder und verteilte das Lokal. Ja, so ist es eben, wenn man der SPD, Extra-Tänzen zulässt und das noch netterdigen möchte.

## Werkstossumvereine sind Waffen gegen die Arbeiter

### — Interwerk ist den Arbeiterkonsumvereinen!

Auf dem jetzt zu Ende gegangenen Genossenschaftstag in Rannheim hatte die Genossenschaft „Einigkeit“, Remscheid, nachstehenden wichtigen Antrag zu dieser Frage gestellt:

„Die von den Unternehmern ausgehenden Werkstossumvereine sind die noch bestehenden Werkstossumvereine beinträchtigen die Verteilungsfähigkeit der Konsumgenossenschaften und halten Teile der Arbeiterkraft vom proletarischen Kampflauf ab. Trotz der Verschönerung der Unternehmern, daß keine neuen Werkstossumvereine ohne „zwingende Not“ errichtet werden sollen, ist der Ausbau der bestehenden und die Schaffung neuer Werkstossumvereine erfolgt. Die mitteldeutschen Braunkohlenindustrien haben die allerdings noch sehr unzulänglich gewordenen Unternehmernmaßnahmen der Konsumvereine im Bergarbeiterkampf als Verhinderung zum Ausbau der Werkstossumvereine angenommen.“

Der Kampf gegen die Werkstossumvereine wird von den Führern des Zentralverbandes als gefährlicher Konturenstempel betrachtet. Insbesondere muß bei der Unterdrückung der Arbeiterkampfe durch die Konsumvereine die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Werkstossumvereine betont werden. Deshalb muß in allen Verfassungen und in der Arbeiterpresse eine Aufforderung zur Arbeit über die Rolle der Werkstossumvereine geleistet werden.

Wo Werkstossumvereine bestehen, müssen gemeinsame Ausschüsse der Genossenschaften, Gewerkschaften und Betriebsräte eingesetzt werden, die den Kampf gegen die Werkstossumvereine mit dem Ziel führen müssen, die Arbeiter zum Austritt aus den Werkstossumvereinen und zum Eintritt in die Arbeiterkonsumvereine zu gewinnen. Die noch bestehenden Werkstossumvereine müssen den Arbeiterkonsumvereinen einverleibt werden.“

## AD.-Delegierte zur DMB.-Vertreterversammlung! Heute, Freitag, 21. Juni, 20 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstr. 14

### Wichtige Fraktionsitzung Tagesordnung: Stellungnahme zur Generalversammlung

